

INHALT

1. Wahlkampf hat endgültig das Parlament erreicht
2. Acht Delegierte der CDU Schleswig-Holstein wählen den Bundespräsidenten
3. CDU-geführte Landesregierung bringt wichtige Infrastrukturvorhaben weiter voran
4. Beruflicher Bildung wird zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt
5. Die in Schleswig-Holstein bestehenden Standards zum Schutz von Pflegeeltern reichen aus
6. CDU für Erhalt der Pferdekennzeichnung mit Brandeisen

24.02.2012

Wahlkampf hat endgültig das Parlament erreicht
Oppositionsanträge summieren sich auf Mehrausgaben von 78 Millionen Euro



Heike Franzen, MdL

Auf insgesamt 78 Millionen Euro pro Jahr summierten sich die Ausgaben für die Initiativen, welche von den Oppositionsfraktionen heute allein im Bildungsbereich in den Landtag eingebracht worden sind.

„Nach Ihnen soll es heute nur eine Showdebatte geben. Denn wenn wir all Ihre Anträge ernst nehmen sollten, dann hätten Sie dazu auch konkrete Aussagen in ihren Wahlprogrammen machen müssen. Dies ist jedoch nicht der Fall“, erklärte dazu CDU-Bildungsexpertin Heike

Franzen. Im Gegensatz dazu seien die Pläne der CDU für eine Bekämpfung des Unterrichtsausfalls und mehr Sozialarbeiter unter Einhaltung der Schuldenbremse solide finanziert.

Die bildungspolitische Bilanz der CDU-geführten Landesregierung könne sich sehen lassen. Die Grundlagen für die Zusammenführung von Regional- und Gemeinschaftsschulen seien gelegt, Inklusion, Hochbegabtenförderung und Schulsozialarbeit im Schulgesetz verankert worden. Mittlerweile sei die Hochbegabtenförderung fester Bestandteil der schulischen Förderung, während die Opposition das Recht der individuellen Förderung von Kindern mit Begabung bis heute nicht anerkenne.

Franzen zählte auf, welche Mittel die CDU-geführte Landesregierung trotz knapper Kassen für die Bildung bereitgestellt hat. So sei die Schulsozialarbeit in den letzten beiden Jahren mit 2,4 Millionen € gefördert worden. 2013 und 2014 will die CDU die Mittel dafür auf drei Millionen Euro erhöhen. „Und die Finanzierung der Kindertagesstätten durch das Land und den Bund hat sich verdoppelt. Von gedeckelten 60 Mio. € stieg sie inklusive des U3-Ausbaues auf 120 Mio. €“, stellte Franzen klar.

Flächendeckende verlässliche Grundschulen seien heute ebenso selbstverständlich wie Doppelbesetzungen in der Eingangsphase der Grundschulen, Differenzierungsstunden an Regional- und Gemeinschaftsschulen und Intensivierungsstunden an den Gymnasien. Für die Lehrerfortbildung seien die Mittel im Haushalt 2011/2012 verdoppelt worden. Die zweite Phase der Lehrerausbildung sei dabei wieder vernünftig aufgestellt worden. „Das war notwendig, weil noch unter der rot/grünen Landesregierung die Seminarstrukturen in der Lehrerausbildung unnötiger Weise zerschlagen worden sind“, so Franzen.

Dass die von der CDU-geführten Landesregierung beschlossenen Maßnahmen sich auszahlen, zeigten die Ergebnisse der Schulabsolventen: „Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss sank von zehn auf sieben Prozent. Erfreulich ist auch, dass die Zahl der Abiturientinnen und Fachhochschulreifen von 22 auf 32 Prozent anstieg. Gleiches gilt für die Realschulabsolventen. Ihr Anteil wuchs von 33 auf 35 Prozent, während der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Hautschulabschluss von 35 auf 26 Prozent sank“, so Franzen.

Die Bildungsexpertin erinnerte daran, dass bis heute 400 Lehrerstellen nicht besetzt werden können, weil damit noch unter rot/grün geleistete zusätzliche Arbeit der Lehrkräfte „abgestottert“ wird (so genannte Vorgriffsstunden). „Ohne diese Altlasten hätten wir noch viel mehr machen können“, erklärte die Bildungsexpertin abschließend.

Acht Delegierte der CDU Schleswig-Holstein wählen den Bundespräsidenten CDU entsendet Janne Friederike Meyer in die Bundesversammlung

Heute hat der Schleswig-Holsteinische Landtag die Delegierten für die Wahl des Bundespräsidenten bestimmt. Seitens der CDU wurden acht Delegierte benannt.

Neben Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, CDU-Spitzenkandidat Jost de Jager, Landtagspräsident Torsten Geerds, Fraktionschef Johannes Callsen, Innenminister Klaus Schlie, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hans-Jörn Arp und Landtagsvizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese wird die Springreiterin Janne Friederike Meyer am 18. März 2012 dabei sein, wenn der neue Bundespräsident durch die Bundesversammlung gewählt wird.

Als Ersatzdelegierte wurden der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Tobias Koch, die

Landtagsabgeordneten Klaus Klinckhamer und Ursula Sassen, sowie die Stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Angelika Volquartz benannt.

CDU-geführte Landesregierung bringt wichtige Infrastrukturvorhaben weiter voran Realisierungsvereinbarung zur A 20 vor Unterzeichnung

Die CDU geführte Landesregierung macht bei dem Ausbau wichtiger Infrastrukturprojekte im Land weiter Tempo. Wirtschafts- und Verkehrsminister de Jager wird dazu kommenden Montag zu Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer nach Berlin reisen, um zusammen mit Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister eine Realisierungsvereinbarung über den Weiterbau der A 20 zu unterzeichnen. Mit dieser bekennt sich die Bundesregierung klar zur Weiterfinanzierung der A 20 inklusive einer Elbquerung bei Glückstadt.

Der Landesregierung ist es damit erneut gelungen, die Bedeutung wichtiger Infrastrukturmaßnahmen für Schleswig-Holstein gegenüber der Bundesregierung zu vermitteln und so deren Unterstützung zu sichern. Im Vorwege hatte die Landesregierung bereits 300 Mio. Euro zusätzlich für den Bau einer fünften Schleusenkammer des Nord-Ostsee-Kanals (NOK) eingeworben.

In der gestrigen Landtagsdebatte über den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals wies der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hans-Jörn Arp, auf die besondere Bedeutung des Kanals für die Wirtschaft im Norden und den dringend benötigten Ausbau der am stärksten befahrenen Wasserstraße der Welt hin.

„Der Bau einer fünften Schleusenkammer in Brunsbüttel sowie der geplante Ausbau der Ost-Strecke des NOK sowie die Fahrrinnenvertiefung der Elbe gehören für die CDU gemeinsam zu den wichtigsten Infrastrukturprojekten für unser Land. Sie sind Bestandteil unseres maritimen Konzeptes“, so Arp.

„Mit unserem maritimen Konzept kämpfen wir dafür, dass die Attraktivität des NOKs für die großen Linien- und Feederdienste auch zukünftig erhalten bleibt, um den Wettbewerbsvorteil gegenüber Häfen in Rotterdam und Antwerpen nicht zu verlieren und die mehr als 33.000 Arbeitsplätze in der maritimen Wirtschaft Schleswig-Holsteins zu erhalten“.



Hans-jörn Arp, MdL

Beruflicher Bildung wird zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt Staat kann nicht Ausbildungsplatzgarantie für alle übernehmen

In der ausgiebigen Debatte zur Bildungspolitik befasste sich der Schleswig-Holsteinische Landtag heute auch mit dem Vorschlag des SSW über die Einrichtung einer gemeinsamen Bildungskonferenz von Bund und Ländern, sowie mit einem Bericht der Landesregierung über die Regionalen Bildungszentren (RBZ) in Schleswig-Holstein.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Franzen, hielt mit Blick auf den Bericht fest, dass die Beruflichen Schulen auf einem sehr guten Weg seien. Mit der Organisationsstruktur als RBZ hätten die Beruflichen Schulen darüber hinaus mehr Eigenverantwortung und Flexibilität erhalten, um auf dynamische Entwicklungen im Bereich der Berufsbilder sowie auf die Anforderungen der Wirtschaft zu reagieren.

„Die berufliche Bildung ist die größte Säule unseres Bildungssystems. Und unsere Berufsbildenden Schulen leisten dabei hoch qualifizierte und qualitativ sehr gute Arbeit“, so Franzen. Dennoch würde der Beruflichen Bildung zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

In der Diskussion über die Einrichtung einer gemeinsamen Bildungskonferenz von Bund und Ländern stellte Franzen erneut die Position der CDU-Fraktion klar: „Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern hat sich nicht bewährt! Niemand versteht, warum Bund und Länder in zentralen Fragen der Bildungspolitik nicht zusammenarbeiten dürfen.“ Für die CDU wäre dabei denkbar, zukünftig die Aufgaben der Bund-Länder Kommission zu reaktivieren.

Den auf den Aussagen von Herrn Albig aus der vergangener Woche begründeten Forderungen der Grünen, jedem jungen Menschen ein Recht auf einen Ausbildungsplatz zu gewähren, erteilte Franzen eine Absage. Albig hatte behauptet, 95% der Hauptschüler in Schleswig-Holstein würden keinen Ausbildungsplatz bekommen. „Ich weiß nicht, von welchem Land Herr Albig da spricht. Fest steht, dass er sich offensichtlich in Schleswig-Holstein nicht auskennt. Wenn es nach Ihnen geht, soll der Staat also Ausbildungsplatzgarantien vergeben - das ist Planwirtschaft pur und für uns als Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft nicht darstellbar“, so Franzen abschließend.

Die in Schleswig-Holstein bestehenden Standards zum Schutz von Pflegeeltern reichen aus Betroffenheit über sinnlosen Tod der 11-jährigen Chantal

In der Debatte über einheitliche Standards für einen besseren Schutz von Pflegekindern brachte der jugendpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Mark-Oliver Potzahr, heute im Schleswig-Holsteinischen Landtag seine Bestürzung und Betroffenheit über den sinnlosen Tod der 11-jährigen Chantal aus Hamburg zum Ausdruck.

Potzahr hielt fest, die Verhinderung von Kindeswohlgefährdung sei keine parteipolitische Streitfrage, sondern eine Aufgabe, der sich alle zu stellen hätten. Schuldzuweisungen wären daher wenig Zweck dienlich.

„Wir müssen aufpassen, dass in der Öffentlichkeit ein zutreffendes Bild von Pflegeeltern gezeichnet wird. Dabei braucht unsere Gesellschaft engagierte Pflegeeltern, die Kindern, die aus vielfältigen Gründen nicht mehr in ihrer Familie leben können, eine neue Familie bieten“, so Potzahr. Den Menschen, die diese Aufgabe verantwortungsbewusst wahrnehmen, gebühre großer Respekt und Dank.

Auch die besten Leitlinien hätten bei dem überforderten Hamburger Jugendamt nichts genutzt.

Zu den vorhandenen Standards seien in Schleswig-Holstein daher vor allem ausreichend ausgestattete Jugendämter vor Ort nötig, um das Kindeswohl auch in der Praxis in den Vordergrund stellen und jedem Hinweis auf Kindeswohlgefährdung nachgehen zu können.

„Ich denke, wir sind in Schleswig-Holstein nicht schlecht aufgestellt und ich bin mir ziemlich sicher, dass ein jedes Jugendamt tragische Fälle wie diesen zum Anlass nehmen muss, sich intern zu fragen, ob man selber auch für ähnliche Problematiken ausreichend aufgestellt ist“, so Potzahr, der einen runden Tisch mit den Jugendämtern und eine Überprüfung der Wirkung des Kinderschutzgesetzes vorschlug.



Mark-Oliver Potzahr

CDU für Erhalt der Pferdekennzeichnung mit Brandeisen Einsetzen von „Chips“ in Fohlenhals schmerzhafter, Chips nicht fälschungssicher

CDU und FDP haben einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, der zum Ziel hatte, die Initiative der CDU-geführten Landesregierung, ein Verbot der Pferdekennzeichnung mit Brandeisen zu verhindern, abgelehnt.

CDU-Agrarexperte Heiner Rickers wies darauf hin, dass die alternative Kennzeichnung mit elektronischen „Chips“, die in den Fohlenhals eingesetzt werden, für das Tier keinesfalls weniger schmerzhaft, und darüber hinaus nicht fälschungssicher seien.

„Wir haben uns das bei einem Vor-Ort Termin beim Holsteiner Verband, an dem sich auch der Trakehner-Verband beteiligt hat, angesehen. Es ist schade, dass kein Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen dabei war“, so Rickers.

Beim Brennen werde das Fohlen gemeinsam mit der Stute in eine Box geführt, wo es sich frei bewegen könne. Dann werde kurz das Brandzeichen aufgebracht, das Tier könne weglaufen. „Das ist ein kurzer Schmerz für das Fohlen, das will ich gar nicht in Abrede stellen“, so Rickers an den Grünen Redner Detlev Matthiessen gewandt, der diesen Prozeß zuvor in dramatischen Worten geschildert hatte. Allerdings sei er nicht auf die Alternative – das Chippen – eingegangen. Hier müsse das Fohlen festgehalten, fixiert, am Hals rasiert und desinfiziert werden. Allein das sei für ein Fluchttier mit erheblichem Stress verbunden. Anschließend folge das Einsetzen des Chips mittels Injektion. „Das ist für die Tiere schlimmer, als das Brennen“, so Rickers.

Darüber hinaus hätte die Praxis gezeigt, dass die Chips nicht fälschungssicher sind. Auch

könnten sie im Hals des Pferdes wandern: „Das Brandzeichen ist damit für die Tiere weniger schmerzhaft und darüber hinaus sicherer für die Besitzer. Deshalb sind wir dafür, diese alternative Kennzeichnungsmethode bei zu behalten“, so Rickers.



Heiner Rickers, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de